

1 **Antrag 10/III/2016**
2 **Abt. 02/12 Petersburger Kiez**
3 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

4
5 **Keine Schulprivatisierung**

- 6
7 • Der Sanierungsrückstand an den Berliner Schulen,
8 der mindestens 1,2 Mrd. Euro beträgt, ist in der kom-
9 menden Legislaturperiode vollständig abzubauen
10 • Neubauten sind so auszulegen, dass sie eine durch-
11 schnittliche Nutzungsdauer von wenigstens 75 Jah-
12 ren haben
13 • Gebäude sind mindestens so zu erhalten, dass der
14 Erhalt einem Neubau alle 75 Jahre entspricht. Tech-
15 nische Gebäudeausrüstung und Anlagen wie Hei-
16 zung, Lüftung, sanitäre Anlagen, Klassenzimmer-
17 ausstattung, Fachraumausstattungen, Schulcom-
18 puter etc. sind entsprechend ihrer durchschnittli-
19 chen Nutzungsdauer zu erhalten bzw. zu erneuern.
20 • Alle Baumaßnahmen sind an den tatsächlichen Be-
21 darf anzupassen. SchülerInnen, Eltern, LehrerInnen
22 und AnwohnerInnen sind intensiv in die Bedarfser-
23 mittlung einzubeziehen.
24 • Sanierung, Ausbau, Neubau und Erhalt erfolgen
25 durch öffentliche Verwaltungen und im öffentli-
26 chen Recht.
27 • Die Finanzierung erfolgt aus Haushaltsmitteln.
28 Jeder Einbezug privaten Kapitals, sei es über
29 Öffentlich-private Partnerschaften, langjährige
30 Betreiberverträge oder privatrechtliche Infrastruk-
31 turesellschaften sind zu unterlassen
32 • Die Verantwortung für Schulsanierung, -ausbau, -
33 neubau und -erhalt liegt bei den Bezirken. Dazu
34 sind die Bezirke vom Senat finanziell und personell
35 hinreichend auszustatten.

36
37
38 **Begründung**

39 *Massive Folgen des Sanierungsstaus*

40 Der Zustand der Schulen in Berlin ist vielerorts mehr als
41 bedenklich. Der Sanierungsstau an den Berliner Schulen
42 von geschätzten 1,2 Mrd. Euro bewirkt mittlerweile er-
43 hebliche Leistungseinschränkungen. Es mussten in den
44 letzten fünf Jahren bereits Schulen wegen eines män-
45 gelbehafteten baulichen Zustands geschlossen werden.
46 In vielen Schulen ist wegen des baulichen Zustands
47 die Lernqualität eingeschränkt, teilweise verursacht der
48 bauliche Zustand Unterrichtsausfälle und (mittelbar)
49 eine Verschlechterung der hygienischen Verhältnisse.

50 *Schulen gehören zur Daseinsvorsorge*

51 Schulen sind durch die öffentliche Hand nicht nur be-
52 reitzustellen, sie müssen auch kontinuierlich in einem
53 Zustand erhalten werden, der allen gleichermaßen und
54 durchgehend hinreichende Bildungsmöglichkeiten er-
55 öffnet. Dieser Daseinsvorsorgeauftrag ergibt sich aus
56 dem Grundgesetz. Danach ist auch die Gleichwertigkeit
57 der Lebensverhältnisse zu gewährleisten. Es kann nicht
58 hingenommen werden, dass es Bereiche in der Stadt
59 gibt, in denen die nächste Schule in baulich zumutba-

Vom Antragsteller zurückgezogen

1 rem Zustand 5 oder sogar 10 km entfernt liegt.
2
3 *Aus der Sparpolitik nicht eine Privatisierungspolitik ablei-*
4 *ten*
5 Die Sparpolitik in Bezug auf die Berliner Schulen war
6 falsch und unverantwortlich. Mehrere Jahrgänge hat-
7 ten bestenfalls trotz des Zustands der Gebäude eine ge-
8 rade noch hinreichende Schulausbildung. Wie viele sich
9 unter anderem wegen verfallenden Schulen aus dem
10 Bildungssystem verdrängen ließen, lässt sich nachträg-
11 lich kaum ermitteln, aber aller Voraussicht nach wa-
12 ren die sozial schwachen Gruppen in diesem Prozess
13 fraglos besonders betroffen. Die Sparpolitik hat auch
14 erhebliche Mehrkosten verursacht, denn nun sind aus
15 kleinen Reparaturen, die zeitnah durchgeführt nur je-
16 weils einige zehntausend oder hunderttausend Euro gekostet
17 hätten, teure Grundsanierungen geworden, die jede für
18 sich mehrere Millionen Euro kosten wird. Nun muss die
19 SPD schleunigst dafür sorgen, dass die Zustände in den
20 Schulen wieder ein Niveau erreichen, die dem Auftrag
21 des Grundgesetzes und erstrecht sozialdemokratischen
22 Maßstäben gerecht werden. Dabei ist zu verhindern,
23 dass alte Fehler neue Fehler begründen: So sind die Vor-
24 schläge der AG Schule vom 8.7.2016 zur Auflösung des
25 Sanierungsstaus rundweg abzulehnen, sie wären ein
26 weitreichender Einstieg in die Schulprivatisierung.
27
28 *Eine Finanzholding mit einem undurchsichtigen Firmen-*
29 *geflecht*
30 Es sollen des Vorschlags der AG Schule vom 8.7.2016 die
31 Schulsanierung und der Schulneubau auf Landesebene
32 zentralisiert werden, um dann über ein komplexes Kon-
33 strukt aus acht privatrechtlichen Gesellschaften über-
34 führt zu werden:
35 Sieben neue Aufsichtsräte, sieben neue Vorstände, sie-
36 ben weitere Geschäftsführer -derzeit liegen die Jahres-
37 gehälter für Vorstände solcher landeseigenen Gesell-
38 schaften im Durchschnitt über 325.000 Euro. Dieser Vor-
39 schlag übergeht völlig, dass es eine existente Verwal-
40 tung gibt. Diese wurde geschwächt – sie muss gestärkt
41 werden, statt sie abzuschaffen. Ein Konstrukt wie das
42 vorgeschlagene ist zudem extrem anfällig für nachfol-
43 gende Privatisierungen. Dies umso mehr, als vorgese-
44 hen ist, dass die Gesellschaften sich in erheblichem
45 Maße verschulden sollen. Als Sicherheiten dienen ih-
46 nen dabei (indirekt oder direkt) die Berliner Schulen.
47 Den Schulbau den Bezirken wegzunehmen bedeutet ei-
48 ne kolossale Einschränkung des Rechts auf kommunale
49 Selbstverwaltung. Das ist nur möglich mit einer Ände-
50 rung der Landesverfassung.
51 *Zentralisierung statt Demokratisierung*
52 Die Erfahrungen der letzten Jahre mit zentralen öffentli-
53 chen Bauverwaltungen zeigt, dass die gewünschten Er-
54 gebnisse auf diesem Weg oft nicht erreicht wurden. Die
55 Baustellen am BER und an der Staatsoper Berlin sind
56 nur zwei besonders herausragende Beispiele eklatan-
57 tes Versagen der öffentlichen Hand als Bauherrin. In
58 Berlin müssen die Hausaufgaben erst einmal gemacht,

1 die Bauverwaltung wieder ertüchtigt werden. Auch sind
2 die Möglichkeiten zur demokratischen Mitbestimmung
3 auszuweiten, die Transparenz ist dringend zu erhöhen.
4 Die für die Berliner Schulen vorgeschlagene Zentralisie-
5 rung wäre vor diesem Hintergrund der falsche Weg.
6 *Gezielte Umgehung der Schuldenbremse*
7 Im Papier der Schul-AG vom 8.7.2016 heißt es:
8 *„Die Kreditfähigkeit dieser Gesellschaften wird sicherge-*
9 *stellt, ohne die Schuldenbremse zu verletzen. Dazu brau-*
10 *chen sie aber das Dach einer gemeinsamen Finanzhol-*
11 *ding auch mit mindestens einer größeren Wohnungs-*
12 *baugesellschaft. Das EU-Verschuldungskriterium muss*
13 *hier eingehalten sein.“*
14 *„Es geht der SPD nicht darum, die Schuldenbremse zu*
15 *reißen – sondern sie einzuhalten.“*
16 Die Einhaltung der Schuldenbremse soll also durch ihre
17 Umgehung erfolgen. Statt einer transparenten Darstel-
18 lung im Haushalt sollen die Schulden in Schattenhaus-
19 halten gemacht werden. Und statt günstiger Schulden
20 im Haushalt – derzeit zu Null Prozent Zinsen zu ha-
21 ben – sollen teure Schulden in Unternehmen gemacht
22 werden, die sich nur deswegen am teuren Kapitalmarkt
23 bedienen müssen, weil sie zur Umgehung der Schul-
24 denbremse und der Maastricht-Kriterien so konstruiert
25 wurden, dass sie den größeren Teil ihrer Umsätze „am
26 Markt“ erzielen. Dieser Weg ist undemokratisch, teuer
27 und obendrein widersinnig. Wenn man der Auffassung
28 ist, dass die Schuldenbremse nötig ist, sollte man sie
29 nicht umgehen.
30
31 Ist man der Auffassung, die Schuldenbremse (und z.B.
32 das Einhalten der Schuldenbremse durch Verzicht auf
33 Investitionen) wäre schädlich, so sollte Berlin sich so
34 äußern und im Rahmen der Möglichkeiten (z.B. im
35 Bundesrat) auf Veränderungen hinwirken. Tatsächlich
36 zeichnet sich mittlerweile deutlich ab, dass die Schul-
37 denbremse eine Investitionsbremse ist. Und auch wenn
38 die Schuldenbremse in der Verfassung steht: Man kann
39 und darf Sinn und Unsinn dieser Regel diskutieren.
40 Das haben so gegensätzliche Organisationen wie der
41 DGB und der Sachverständigenrat der Bundesregierung
42 („die fünf Weisen“) deutlich gemacht: Beide lehnen die
43 Schuldenbremse in ihrer aktuellen Ausformulierung ab
44 und fordern stattdessen eine Netto-Investitionsregel in
45 Anlehnung an die bis 2009 geltende „goldene Regel“.
46 Die Schuldenbremse aber zu umgehen statt zu kritisie-
47 ren führt nicht zu einer sinnvollen Veränderung, son-
48 dern höhlt die Demokratie aus und schwächt die öffent-
49 lichen Haushalte. Im Ergebnis erhält man einen Teufels-
50 kreis aus weiteren Privatisierungen mit weiteren Kosten
51 und Einnahmeausfällen.